

«Mit dem Rollator aufs WC – das geht in Stäfa einfach nicht»

Grosse Umfrage in Stäfa Die Gemeinde präsentierte an einer Infoveranstaltung die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung. Derweil äusserten Anwesende, was ihnen Sorgen bereitet.

Frank Speidel

Stäfas Bevölkerung wächst, sie wird älter und deren Bedürfnisse ändern sich. Weil das Angebot im Gesundheitsbereich immer wieder kritisch überprüft werden müsse, hat der Gemeinderat das Projekt «Gesundes Stäfa: Gemeinsam stärker für alle» lanciert. Auf dessen Grundlage soll in der nächsten Legislaturperiode die Strategie in den Bereichen Gesundheit und Alter überarbeitet werden.

Zu diesem Zweck hat die Gemeinde eine Befragung durchgeführt. 7463 Stäfer Haushalte erhielten vor knapp einem Jahr einen Fragebogen. 2325 Personen haben diesen ausgefüllt und retourniert. Deren Ergebnisse zum Thema Altern und Gesundheit präsentierte die Gemeinde nun am Dienstag an einer Informationsveranstaltung. Knapp 40 Personen kamen dafür in den Gemeindegarten, stellten den Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinderat und Altersinstitutionen Fragen – und äusserten auch Sorgen.

Hunderte von Kommentaren

«Der Rücklauf ist mit 2325 ausgefüllten Fragebogen hoch», sagte Ulrich Otto, der als wissenschaftlicher Berater bei der Befragung involviert war. Aufgrund der Thematik hätten aber vor allem ältere Personen mitgemacht, erklärte er, viele seien über 70 Jahre alt.

Diese kreuzten an, ob sie sich in Stäfa sicher fühlen, ob es aus ihrer Sicht genügend bezahlbare Wohnungen gibt oder ob seitens der Gemeinde ausreichend kommuniziert wird. Auch Hunderte



Über 2300 Stäferinnen und Stäfer nahmen an der Umfrage des Gemeinderats teil. Am Dienstag wurde über die Ergebnisse informiert und diskutiert. Foto: Michael Trost

individuell verfasste Kommentare sind laut Otto eingegangen.

Optimierungsbedarf habe sich in verschiedenen Bereichen herauskristallisiert. So wünschten sich die Befragten etwa barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Räumen, mehr Begegnungsräume mit Sitz- und Spielmöglichkeiten, aber auch

leicht zugängliche Informationen seitens der Gemeinde zum Thema Sterben.

In der anschliessenden Frageunde benannten Anwesende, was sie in der Gemeinde beschäftigt. Eine Dame kritisierte den grossenteils nicht hinderisfreien Zugang zu öffentlichen Toiletten: «Mit dem Rollator aufs WC – das geht in Stäfa einfach nicht», sagte sie. Tiefbauvorsteherin Claudia Hollenstein (GLP) bestätigte dies. Doch immerhin habe die Gemeinde letztes Jahr beim Badeplatz Seegärten ein rollstuhlgerechtes WC errichten können. Und auch andernorts seien hinderisfreie Toiletten geplant. Sie

verspricht: «Wir vom Gemeinderat arbeiten daran.»»

«Neue Projekte im Auge»

Eine andere Anwesende erzählte von einer Bekannten mit einer starken Hörbehinderung, die deshalb an vielen Veranstaltungen nicht teilnehmen könne. Man nehme dies auf, wurde ihr

geantwortet. Eine weitere Stäferin fragte nach alternativen Wohnformen für Senioren wie betreuten Alterswohnungen: «Gibt es eine Chance, dass ich dereinst in einer solchen wohnen kann?», wollte sie wissen. Diesbezüglich habe der Gemeinderat bereits mögliche neue Projekte im Auge, antwortete Marcus Bosshard, Leiter Fachbereich Alter und Gesundheit.

Richtiger Zeitpunkt?

Eine weitere Dame warf ein, ob der Zeitpunkt für die Befragung vor einem Jahr richtig gewählt war. Schliesslich sei während der Corona-Pandemie viel Negatives über Altersheime berichtet worden, die Zufriedenheit der Bewohner sei tief gewesen. «Die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt ist immer schwer zu beantworten», sagte Matthias Radtke, Geschäftsleiter im Alterszentrum Lanzeln. Der Auftrag für das Projekt sei vorgelegen und die Befragung habe schliesslich irgendwann durchgeführt werden müssen.

Zum Schluss fragte ein Herr, wie es nun weitergehe und was mit den Resultaten der Befragung gemacht werde. Marcus Bosshard verwies auf die Gemeinderatswahlen nächsten Sonntag. Sobald der neue Gemeinderat gewählt sei, werde sich dieser dem Thema widmen und die Gesundheits- und Altersstrategie entsprechend anpassen.

Die detaillierten Auswertungen zur Umfrage können bei der Gemeinde angefordert werden unter der E-Mail-Adresse gesundheit@staefa.ch.

Kanton will Berufsschule nun doch selbst bauen

BWZ in Rapperswil-Jona Bis 2030 soll eine neue Berufsschule stehen. Durch einen Strategiewechsel vereinfacht der Kanton den Prozess. Und erschwert den lokalen Widerstand gegen das Projekt.

Neue Wendung beim Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Rapperswil-Jona: Nun will der Kanton doch selbst bauen. Ein Neubau im Lido soll die drei Gebäude im Rapperswiler Zentrum ersetzen. Ziel des Kantons ist es, bis 2030 ein modernes BWZ zu realisieren. Dies teilte die Staatskanzlei mit. Der Kanton und die Stadt Rapperswil-Jona

hatten 2019 in einer Absichtserklärung eigentlich vereinbart, dass die Stadt das neue Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona erstellt. Der Kanton sollte das Gebäude auf dem Gaswerkareal Lido mieten und zu einem späteren Zeitpunkt kaufen. Ziel dieser Zusammenarbeit war es, das Gebäude rascher zu realisieren.

«Neue Abklärungen des Kantons zeigen nun, dass der Kanton das Gebäude ebenso schnell erstellen kann», heisst es in der Mitteilung. «Deshalb hat die Regierung in Abstimmung mit der Stadt Rapperswil-Jona entschieden, die damals vereinbarte Absichtserklärung nicht weiterzuverfolgen.»

Kanton hat neu priorisiert

Wieso hat der Kanton jetzt doch die nötigen Mittel für einen Neubau bis 2030? Weder sie noch der jetzige Kantonsbaumeister seien im Amt gewesen, als die St. Galler Regierung die Absichtserklärung mit dem Stadtrat unterzeichnet habe, sagt die kantona-

le Bauchefin Susanne Hartmann (Die Mitte) auf Anfrage. «Wir gingen nun aber nochmals über die Bücher und haben gesehen, dass der Druck zur Erneuerung beim BWZ Rapperswil-Jona hoch ist.» Entsprechend seien im Baudepartement im Rahmen einer Priorisierung Ressourcen für dieses Projekt freigeschaufelt worden.

Nun will die Regierung dem Kantonsrat im kommenden Jahr eine Bauvorlage zuleiten. 2024 soll dann die Volksabstimmung folgen. Betreffend Kosten will sich die Bauchefin nicht festlegen. Die Stadt sprach bisher von geschätzten Kosten von 50 bis 70 Millionen Franken.

Klar ist, dass die Schwelle für eine obligatorische Urnenabstimmung überschritten werden wird. Diese wird allerdings kantonal stattfinden. Hätte die Stadt das Gebäude vorfinanziert, hätte es eine kommunale Abstimmung gegeben. Und damit bedeutend bessere Chancen für lokale Akteure, Einfluss zu nehmen. So kämpft das Unternehmerkomitee «BWZ im Stadt-

zentrum» seit längerem für eine Erneuerung des BWZ am bisherigen Standort. Auf kantonaler Ebene sind Investitionen in die Bildungsinfrastruktur üblicherweise unbestritten.

Wenden Kanton und Stadt also ein Buebetrickli an, um den lokalen Widerstand gegen den Standortwechsel beim BWZ auszuhebeln? «Aus meiner Sicht kann ich das ganz klar verneinen», sagt Hartmann. Grund für den Strategiewechsel sei, dass eine Planung zusammen mit der Stadt zu zusätzlichen Schnittstellen geführt hätte. Und nach der Repriorisierung zu keinem wesentlichen Zeitgewinn.

Nutzung in Zentrum offen

Zudem werde damit auch das komplexe Vertragskonstrukt hinfällig, das aufgrund der Vorfinanzierung durch die Stadt angeordnet war. Weiterhin gültig sei der Vertrag zum Landverkauf der Stadt an den Kanton, dem die Bevölkerung von Rapperswil-Jona im November 2016 zugestimmt hatte.

«Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Kanton anerkennt, dass die heutige BWZ-Infrastruktur nicht mehr genügt und ein Neubau dringlich ist», sagt Stadtpräsident Martin Stöckling (FDP). «Eigentlich ist es das übliche Vorgehen, dass der Kanton seine Infrastrukturen selbst baut.» Die angedachte Vorfinanzierung durch die Stadt sei ein reines Mittel zu Beschleunigung gewesen.

Doch ganz unglücklich dürfte er nicht sein, um eine kommunale Abstimmung heranzukommen. «Ich bin vor allem froh, dass wir nicht 70 Millionen vorfinanzieren müssen», sagt Stöckling dazu. Auch er bestreitet, dass der Grund für das neue Vorgehen primär mit dem lokalen Widerstand zusammenhängt. «Der Kanton hat schlicht von einer angedachten Sonderlösung zurück zum Courant normal gewechselt», so der «Stapi».

Offen ist, was mit den drei Häusern im Zentrum nach 2030 passieren würde, die das BWZ aktuell belegt, und die der Stadt

gehören. Im Stadtforum reichten die Vorschläge von Schwimmbad über Alterswohnungen, Kulturzentrum, Kinokomplex bis zu Stadtpark. «Ich kann mir vorstellen, dass es eine Nutzung gibt, die der Öffentlichkeit zugänglich ist, kombiniert mit Wohnen», sagt Stöckling.

Pascal Büsser

ANZEIGE

STÄNDERAT
DANIEL JOSITSCH
EMPFFIEHLT

SP

GEMEINSAM FÜR STÄFA

In die Schulpflege Stäfa
BARBARA SCHMID
bisher

ASTRID SCHWARZ
neu

ANZEIGE

Sicherheits-Systeme
Gabriel
Schlüssel-Service

Gabriel Schlüsselservice GmbH
General Wille-Str. 119
8706 Feldmeilen
Tel. 044 920 10 00
Fax 044 920 52 68
info@gabriegelgmbh.ch
www.gabriegelgmbh.ch

Öffnungszeiten
Büro:
Montag – Freitag
7.30 – 17 Uhr